Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Mess-Auflage 16,200.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 39 Mk. mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 264. Sonntag den 21. September 1879. 73. Jahrgang.

Montag, den 29. d. M. früh 9 Uhr soll in der hiesigen Posthalterei (Eingang von der Stephanstraße) ein sechssitziger Personenpostschlitten öffentlich versteigert werden.

Leipzig, den 20. September 1879.

Kaiserliches Postamt 1.
Bodel.

Bekanntmachung.

Die von uns zur Submission ausgeschriebene Lieferung und Verlegung von Granittrottoirplatten vor den Thoreinfahrten verschiedener Grundstücke in den Vorstädten ist vergeben und werden die unberücksichtigt gebliebenen Herren Bewerber hiervon in Kenntniß gesetzt.

Leipzig, den 17. September 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Richter.

Bekanntmachung.

Das am 6. dieses Monats von uns zur anderweiten Verpachtung versteigerte Rittergut Tauche ist dem Höchstbieter zugeschlagen worden und entlassen wir daher in Gemäßheit der Versteigerungsbedingungen die übrigen Bieter hiermit ihrer Gebote.

Leipzig, am 19. September 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cerutti.

Die Königliche Baugewerkenschule zu Leipzig

(j. S. im Gebäude der Realschule II. Ordnung, Nordstraße)

wird in dem bevorstehenden Wintersemester in Gemäßheit des neuen Organisationsplanes ihren vierten und obersten Curs erhalten. Der Unterricht in sämmtlichen vier Cursen beginnt **Montag den 6. October früh 8 Uhr** und haben sich **Neuaufzunehmende bis zum 26. September** bei dem Director Baurath Lipsius, Weststraße 44, unter Uebergabe des Geburtsscheines, des Impfscheines, des letzten Schulzeugnisses und eines Zeugnisses über gutes Verhalten zu melden, ebenso diejenigen, welche sich der Nachprüfung unterwerfen wollen; letztere schriftlich.

Die Nachprüfung und die Prüfung derjenigen, welche unmittelbar in einen höheren Curs aufgenommen sein wollen, findet **Mittwoch den 1. October** von **früh 8 Uhr** an statt; die Aufnahmeprüfung der für den ersten (untersten) Curs Angemeldeten **Donnerstag den 2. October** gleichfalls von **früh 8 Uhr** an.

Die Vorstellung der seitherigen Schüler, welche die Anstalt auch in diesem Winter besuchen wollen, hat unter Beibringung eines Zeugnisses über Beschäftigung und Verhalten im Laufe des Sommerhalbjahrs **Sonnabend den 4. October** zwischen **10 und 12 Uhr** vor dem Director im Schullocale zu erfolgen.

Prospecte sind durch die Direction gratis zu erlangen.

Die Direction der Königlichen Baugewerkenschule.
C. Lipsius, Kgl. Baurath.

Deutschland und Rußland.

Wir wiesen bereits auszugsweise auf eine anscheinend auf Grund bester Informationen abgefaßte hochofficiöse Kundgebung hin, die ihren Weg von Berlin nach Wien nahm, um in der „Politischen Correspondenz" zum Abdruck zu gelangen. Der Umriß der deutschen Politik Rußland und Oesterreich gegenüber ist darin mit so frappanten Zügen gezeichnet, daß man versucht ist, anzunehmen, es handle sich hier um die Antwort auf die von einem Redacteur des Pariser „Soleil" veröffentlichte Unterredung Desselben mit dem Fürsten Gortschakoff zu Baden-Baden. Der Artikel ist insofern von bedeutendem Interesse, als er ein förmliches Bündniß zwischen Deutschland und Oesterreich gewissermaßen auf Kosten Rußlands betont und zwei Tage vor der Ankunft des Fürsten Bismarck in Wien das Licht der Welt erblickte. Fast will es scheinen, als sei damit das Thema der Unterredung des deutschen Reichskanzlers mit dem Grafen Andrassy aller Welt kundgegeben. Wir glauben unsern Lesern einen Dienst zu erweisen, wenn wir den Wortlaut des Artikels nachstehend wiedergeben:

„Die Presse sucht und sinnt vergeblich nach den eigentlichen Ursachen der Verstimmung gegen Deutschland, welcher die russischen Blätter wiederholt einen so drastischen Ausdruck verliehen haben und der gegenüber die aus Alexandrowo datirenden beiderseitigen Ordensverleihungen doch nur wenig ins Gewicht fallen können. Die letzteren sind eben nur die sichtlichen Zeichen der gegenseitigen persönlichen Beziehungen der Souveraine und der Wünsche derselben für die Ausdehnung dieses Verhältnisses auch auf die Interessen ihrer Staaten. So wenig indeß Deutschland von Rußland beansprucht, daß es alle deutschen Interessen ohne Weiteres zu den seinigen mache, kann Rußland von Deutschland erwarten, daß letzteres unter allen Umständen den russischen Interessen, oder was eine gewisse Parteirichtung dafür hält und ausgiebt, secundire. Wo wirkliche Interessen, als solche erkennbar und begründet, oder gar Lebensfragen Rußlands auf dem Spiele standen, hat Deutschland den Wünschen des befreundeten Nachbars während des Krieges wie auf dem Congresse selbst die weitestgehende Unterstützung nicht versagt. Diese kann aber nicht mehr für Strebungen erwartet werden, welche mit den Lebensinteressen anderer, Deutschland mindestens gleich nahestehender und gleich befreundeter Staaten collidiren und die auch von maßvoll gesinnten russischen Staatsmännern als außerhalb der Interessen Rußlands, ja als denselben zuwiderlaufend erachtet werden.

Die Gründe, welche in St. Petersburg vorhanden sein mögen, der slavisch-demokratischen Richtung das große Wort zu lassen, können für Deutschland nicht maßgebend sein, zumal dasselbe in den Trägern und Wortführern dieser Richtung seine Freunde nicht zu erblicken hat. Sobald diese Richtung gegen vitale Interessen Oesterreich-Ungarns verstößt und Deutschland somit vor eine Wahl zwischen den beiden Nachbarmächten gedrängt wird, kann die Entscheidung nicht zweifelhaft sein. Fürst Bismarck hat es einmal offen ausgesprochen, daß eine Alterirung der engen und traditionellen Beziehungen zwischen Berlin und St. Petersburg nur von der russischen Regierung ausgehen könne. Es ist kaum anzunehmen, daß die letztere den Zeitpunct dazu ernstlich für gekommen erachtet, aber die friedliche Tendenz der deutschen Politik ist gezwungen, eine Annäherung und festere Verbindung da zu suchen, wo ein gleichzeitiges aufrichtiges Bestreben Bedingungen der Stabilität und der Dauer darbietet, Bedingungen, welche in neuerer Zeit in Rußland leider nicht mehr, oder nicht mehr im wünschenswerthen Umfange zutreffen.

Mit dem Eintritt in das Gebiet von Novi-Bazar hat Oesterreich-Ungarn von jener beherrschenden Stellung im Südosten Europas Besitz ergriffen, welche es in seinem Interesse und im Interesse der weiteren friedlichen Entwickelung der orientalischen Verhältnisse einnehmen muß. Diese Position entspricht den in Berlin gefaßten Beschlüssen der europäischen Mächte — Rußland inbegriffen — sowie dem Wunsche derselben, der Türkei Raum und Luft zu einer inneren Wiedergeburt unter der Controle Europas zu belassen. Die Zulassung der Türkei zum Berliner Congresse, die hier mit ihrem Vertretern gepflogenen Verhandlungen bewiesen, daß die Mächte den osmanischen Staat noch keineswegs als ausgestrichen betrachten, zumal die Atome, in welche derselbe zerfallen würde, noch durchaus nicht reif sind, in der einen oder anderen Form in die europäische Staatengemeinschaft einzutreten. Die Türkei ließe sich vielleicht als politisches Gebilde zerstören, aber Niemand vermag zu sagen, was unter Schonung aller berechtigten Interessen an ihre Stelle gesetzt werden soll.

Jetzt ist die Aufgabe, nicht weiter zu zerstören, sondern zu conserviren.

Wie wenig reif die angeblichen „Erben" der Türkei für eine selbstständige politische Existenz sind, beweisen schon heute die Bulgaren Ost-Rumeliens. Die dortigen Zustände lassen es fast als unvermeidlich erscheinen, an die Stelle einer nach keiner Richtung hin genügenden Landesregierung eine geordnete und feste Gewalt zu setzen, welche fähig ist, Bürgschaften zu bieten, und von welcher im Interesse des Friedens solche auch gefordert werden würden. Die Ost-Rumelioten haben das ihnen gewordene Uebermaß von Freiheit nicht zu würdigen verstanden, die ihnen wahrlich nicht gegeben worden ist, um den politischen Aventurers Philippopel an Stelle von Belgrad als Domaine einzuräumen. Wenn die Dinge dort eine Wendung nehmen sollten, welche den Wünschen Rußlands nicht entspricht — das Interesse Rußlands wird ja selbst von Russen verschiedenartig beurtheilt — so wird man das in St. Petersburg eben jenen Bestrebungen zuschreiben müssen, welche Ost-Rumelien von vornherein in eine den Grundbedingungen seiner Existenz direct zuwiderlaufende Richtung drängten und dadurch Das erst recht heraufbeschworen haben, was sie zu verhindern wünschten: den definitiven Ausschluß türkischer Besatzungen u. s. w.

Hier scheinen europäische Fragen im Anzuge begriffen zu sein, zu denen jede Macht Stellung nehmen muß. Da irgend welche directe Fragen zwischen Deutschland und Rußland nicht schweben, so kann die Ursache der russischen Mißstimmung nur in der allgemeinen europäischen Situation gesucht werden, welche vor neuen Complicationen zu behüten Deutschland als seine Pflicht und sein Interesse erachtet. Fürst Bismarck wäre wohl am allerwenigsten dazu veranlagt, persönliche Stimmungen — selbst wenn sie vorhanden — auf die politischen Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarn zu übertragen. Wo er es bisher gethan, ist es stets nur im Sinne einer Verbesserung dieser Beziehungen geschehen; Verstimmungen persönlicher Art haben ihn auf diesem Gebiet nie erreichen können, sie gehören für ihn in die Rubrik der vom diplomatischen Handwerk unzertrennlichen Nebensachen.

„Die Befreiung der Christen im Orient war das Ziel des russischen Krieges, welches anerkannt mit Hülfe Deutschlands erreicht worden ist. Die weitere Gestaltung der Dinge auf dem Balkan ist aber dem Interesse Europas, in erster Linie des unmittelbar davon berührten Oesterreich-Ungarn unterzuordnen, und für Deutschland tritt mehr denn je die Erwägung in den Vordergrund, welche bereits im Herbst 1870 in markanter Weise zum Ausdruck gelangte; daß unbeschadet aller freundschaftlichen Beziehungen zu einem freundschaftlich gesinnten Rußland ein festes und aufrichtiges Verhältniß des in sich fest geschlossenen deutschen Reiches zu Oesterreich-Ungarn die sichersten und natürlichsten Bürgschaften für den Frieden Mittel-Europas darbietet."

Diese Sprache läßt an Deutlichkeit Nichts zu wünschen übrig; jedenfalls wird man in St. Petersburg so viel deutsch verstehen, um über die Politik des Reichskanzlers nicht im Unklaren zu bleiben.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 20. September.

Nachdem der Kaiser die Wehrfähigkeit des Reiches im Osten und Norden einer sorgfältigen Prüfung unterworfen, hat sich der greise Kriegsheld, wie unseren Lesern aus einer Reihe von Telegrammen bekannt ist, nach dem Westen gewandt, um auch dort sich mit eigenen Augen zu überzeugen, ob das Vaterland vor Bedrohungen durch seine Nachbarn sicher sein kann. Die Manöver in dem Reichslande haben noch dadurch eine besondere Bedeutung, daß sie sich an einen „formidablen" Festungsgürtel, an Trutzwerke wie Straßburg und Metz, die ihres Gleichen an Stärke im modern-militairischen Europa suchen, anlehnen. Da wir von technischen Einzelheiten bei der Schilderung dieser Manöver-Reisen absehen müssen, so wenden wir uns um so lieber den politischen Gesichtspuncten dieses Kaiserbesuches zu. In sehr treffender Weise sind dieselben in einem süddeutschen liberalen Blatte, dem „Schwäbischen Merkur", angedeutet, in dem wir Folgendes lesen:

„Nach zweijähriger Pause stattet der Kaiser wiederum dem Reichslande einen Besuch ab. Bei dem erstmaligen Besuche hegte man anfänglich Befürchtungen, daß die Aufnahme von Seiten der Bevölkerung keine derartige sein werde, wie sie der Würde des Kaisers von Deutschland entspricht. Diese Befürchtungen haben sich aber vollständig als grundlos erwiesen. Zwar konnte man vernünftiger Weise nicht erwarten, daß dem Kaiser wie in Altdeutschland alle Herzen entgegenjubeln werden; dadurch aber, daß der hohe Gast überall mit Ehrfurcht aufgenommen wurde, daß man nur mit Worten der höchsten Achtung von ihm sprach, zeigte die elsaß-lothringische Bevölkerung, daß man sich in ihrem Charakter nicht getäuscht hatte. Seitdem ist die Stimmung der Bevölkerung eine wesentlich bessere geworden. Die inneren Verwaltungs-Angelegenheiten haben sich mehr und mehr gefestigt, in fast allen Gebieten ist das Land in normale Verhältnisse eingetreten und das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit Deutschland ist in Zunahme begriffen. Die Zahl Derer, welche sich grundsätzlich von den inneren Landesangelegenheiten fernhalten, nimmt immer mehr ab. Nach verhältnißmäßig kurzer Zeit ist das eroberte Land in einen Staat mit eigenem Landtage und Ministerium umgestaltet und dadurch demselben ein Grad von Unabhängigkeit verwilligt worden, wie man es sich unter der früheren Verwaltung nie hätte träumen lassen. Alles Dies erkennt die Bevölkerung dankbar an, ebenso, daß die meisten Verbesserungen auf den unmittelbaren Einfluß des Kaisers zurückzuführen sind. Es wird daher nicht fehlen, daß der Empfang Sr. Majestät überall ein herzlicher sein wird, namentlich bei dem Landvolk, das keine, daher auch keine französisch färbenden Zeitungen liest und deshalb auf seine eigenen Wahrnehmungen angewiesen ist. Wie bei dem letztmaligen Besuche wird das leutselige Wesen des Kaisers bei der persönlichen Berührung mit dem Volke manches noch widerstrebende Herz gewinnen und dadurch das Ziel der deutschen Verwaltung, nämlich der Eroberung der alten deutschen Grenzmarken durch Waffengewalt die moralische Wiedereroberung folgen zu lassen, um einen guten Schritt vorwärts fördern".

Es ist gestern telegraphisch mitgetheilt worden, daß **Fürst Bismarck** erst heute in Wien eintrifft. Fast gleichzeitig mit dem Reichskanzler hat Monsignore Jacobini Gastein verlassen, um auch in der Kaiserstadt an der Donau dem deutschen Staatsmann nahe zu sein. Indessen nicht allein zu Verhandlungen mit der Curie, sondern auch zu festeren Abmachungen für die zukünftige Politik der beiden benachbarten Kaiserreiche scheint Wien ausersehen zu sein. Im Zusammenhange damit meldet uns unser Correspondent aus Berlin vom Freitag wie folgt: „Der Besuch des Fürsten Bismarck am Wiener Hofe wird noch lange Zeit die Aufmerksamkeit der politischen Welt in hervorragender Weise in Anspruch nehmen. Die schroffen Dementis, welche die Wiener Officiösen und andere wenig unterrichtete Correspondenten der Nachricht geben, welche von Vorverhandlungen über den Abschluß eines Garantievertrages zwischen Deutschland und Oesterreich wissen will, gehören zu den Preßmanövern, die ernst zu nehmen kaum der Mühe lohnt. Wir glauben, auf Grund unserer Informationen betonen zu können, daß jene Staatsmänner, die mit dem Fürsten Bismarck in Gastein conferirten, die Bedeutung der Zusammenkunft des deutschen Reichskanzlers mit dem Grafen Andrassy in der Interessengemeinschaft der beiden Reiche fanden, die schon jetzt und noch mehr in der nächsten Zukunft durch die panslavistische und Orientpolitik Rußlands gefährdet erscheint. Die diplomatischen Besucher Gasteins deuten darauf hin, daß schon innerhalb der nächsten zwei Jahre eine Wendung der russischen Politik zu besorgen steht, die nicht blos einen Conflict zwischen Rußland und Oesterreich, sondern eine neue Coalition unter Führung Rußlands in Aussicht stellt. Dazu treten nach der Auffassung jener Diplomaten die Wahrscheinlichkeitsrechnungen über Leben und Tod leitender Persönlichkeiten, die auf die Gestaltung der Dinge in Rußland und seine Beziehungen zu Deutschland und Oestrreich von maßgebendem Einflusse sein werden. Unsere Staatsmänner ziehen aus diesen Anführungen den Schluß, daß Fürst Bismarck, der frei von jeder sentimentalen Politik sei, dort seine Allianzen suche, wo ihm für die Ausführung seiner friedlichen, oder je nach Umständen kriegerischen Absichten militairische Garantien geboten werden. Von diesem Standpunct aus handelt es sich jetzt in Wien um die Fortführung der in Gastein begonnenen Verhandlungen, welche, wie uns von zustehender Seite versichert wird, zu bestimmt formulirten Abmachungen führen dürften".

So weit unser Bericht. Auch eine Correspondenz der „Post" aus Wien vom 19. d. M. legt dem Besuche eine ganz hervorragende Bedeutung bei. Es wird dem freiconservativen Blatte wie folgt geschrieben:

„Heute liegt hier die amtliche Meldung vor, daß der deutsche Reichskanzler am Sonnabend, den 20. d. Abends, in Wien eintreffen wird und daß mit ihm auch die Fürstin Bismarck und der Graf Wilhelm hierherkommen. Die politische Bedeutung dieses Ereignisses war schon in der letzten Zeit der Gegenstand der mannigfachsten Erörterungen und ist es noch. Unzweifelhaft ist der Wiener Besuch des Reichskanzlers von außerordentlicher Tragweite, wie man denn auch an amtlichen Stellen demselben eine solche offen zuerkennt. Gleichwohl nimmt man keinen Anstand, wiederholt zu betonen, daß einige Combinationen über das Ziel hinausschießen. Fürst Bismarck wird in Wien vom Kaiser von Oesterreich empfangen werden, er wird sich von seinem Freunde Andrassy verabschieden und mit ihm, wie mit dessen Nachfolger, Baron Haymerle, sicherlich eingehende Besprechungen über die Lage im Allgemeinen, sowie über einige concrete Fragen pflegen; man geht sogar weiter und giebt zu, daß der Fürst nicht blos persönlich sich überzeugen werde, daß er auf Baron Haymerle eben so vertrauen könne wie auf Graf Andrassy, sondern daß er auch wahrscheinlicher Weise sowohl mit diesen beiden Staatsmännern, als mit dem Kaiser selbst den Fortbestand der innigen Freundschaft zwischen dem deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn ausdrücklich constatiren werde. Dies oder, richtiger gesagt, die Besiegelung der deutsch-österreichischen Freundschaft, die ja schon längst besteht, mag mit Recht als Zweck des Wiener Besuchs des Fürsten Bismarck angegeben werden, aber zu schriftlichen Abmachungen und formellen Verträgen wird es jetzt schwerlich noch kommen. Die darauf bezüglichen Angaben gehen nach verläßlichen Mittheilungen entschieden zu weit, wie es denn auch Jedermann einleuchten wird, daß man es nicht sofort an die große Glocke hängen würde, falls wirklich geheime Abmachungen, Schutz und Trutzbündnisse ꝛc. geplant wären. Vorläufig bedarf es deren noch nicht; im Uebrigen aber stehen die Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn glücklicher Weise derart, daß bis zu einem Schutz und Trutzbündnisse nur noch ein Schritt, und vielleicht blos ein formeller, nothwendig ist".

Die **Wahlen in Preußen** beherrschen noch immer die innere Lage, und zwar um so mehr, als sich die Regierung selbst durch ihre Preßorgane in leidenschaftlicher Weise an der Beeinflussung der Massen betheiligt. Auf die Leistungen der „Provinzial-Correspondenz" und der dem halbamtlichen Blatte mit blinder Ergebenheit als Troß folgenden „Freiwillig-Gouvernementalen" ist wiederholt von uns hingewiesen worden; und zwar mit Rücksicht darauf, daß bei Neuwahlen für den Reichstag sicherlich gleiche Kämpfe in Aussicht stehen. Wir geben zu diesen Fragen, besonders zur Physiognomie der Wahlbewegung nachstehend unserem Correspondenten das Wort, der uns aus Berlin vom Freitag wie folgt schreibt: „Bei den diesmaligen Wahlen zum Abgeordnetenhause tritt gegenüber früheren Wahlen in gesteigertem Maße die Erscheinung hervor, daß, während der indirecte Wahlmodus fortbesteht, thatsächlich das Verfahren beobachtet wird, welches das directe Wahlsystem vorschreibt. Fast in allen Wahlbezirken und nicht